

Ä11 1. Für Natur, Klima und lebendige Regionen.

Antragsteller*in: Stefan Schweigel (KV Jerichower Land)

Text

Von Zeile 832 bis 836 löschen:

~~Schließlich bekennen wir uns ausdrücklich zum Kraftwerksstandort Schkopau und fordern, dass die Kraftwerksausschreibungen des Bundes den Neu- und Umbau finanzieren. Schkopau ist als Kraftwerksstandort optimal für den Aufbau eines H2-ready-Gaskraftwerks geeignet. Hierfür setzen wir uns ein – auch um den für 2034 vorgesehenen Braunkohleausstieg in der Region voranzutreiben.~~

Begründung

Kurzfassung: der Absatz ist politisch unter mehrfachen Gesichtspunkten extrem heikel, steht im Widerspruch zum restlichen Wahlprogramm und sollte daher gestrichen werden. Das Thema Braunkohleausstieg und Bergbaufolgelandschaften muss dann an anderer Stelle ergänzt werden.

Begründung:

- 1) identische Begründung zu Verfeuerung von Wasserstoff wie unter Ä6, das wird hier aus Gründen der besseren Lesbarkeit nicht gesondert wiederholt, siehe <https://lpt090526.antragsgruen.de/lpt090526/fur-natur-klima-und-lebendige-regionen-44971/104834> "Die einzig sinnvolle Forderung für das Verbrennen von Gas und Wasserstoff können daher nur Reservekraftwerke sein, die sogn. Dunkelflauten überbrücken und mit Bio-Methan und Grünem Wasserstoff (aus EE-Überschuss) befeuert werden."
- 2) Wasserstoff ist ein wertvoller Grundstoff den wir in der chemischen Industrie nebenan in Leuna und Buna benötigen (steht schon an anderer Stelle im Wahlprogramm), fraglich ist, ob genug für ein derartig großes H2-Gaskraftwerk übrig bleiben wird.
- 3) ein H2-ready-Kraftwerk heißt nicht zwangsläufig, dass dort nur Wasserstoff verbrannt wird, wenn kein Wasserstoff verfeuert wird, dann wird dies Erd- oder Frackinggas sein. Woher soll dieses Gas kommen? Unter Berücksichtigung der aktuellen geopolitischen Situation ist das ein völliger Widerspruch zu dem, was weiter vorn im Wahlprogramm steht. Ein Weg in die Abhängigkeit ist der falsche Weg. Wir dürfen hier der Gas-Kraft-Lobby nicht auf den Leim gehen. Das ist Greenwashing, was an dieser Stelle betrieben wird.
- 4) Der Text scheint teilweise aus der Pressemitteilung des Investors übernommen zu sein <https://www.saale-energie.de/seg-erhaelt-1-teilgenehmigung-fuer-neubau-eines-gaskraftwerks/> Demnach ist die Anlage im März teilgenehmigt worden. Auch bei einer Regierungsbeteiligung könnten wir hier gar nichts machen, da die Anlage sowieso gebaut werden würde.
- 5) Die Saale Energie GmbH ist eine 100%ige Tochter der Energeticky a prümyslovy holding, a.s. (EPH) Prag, eines der größeren europäischen Energieversorgungsunternehmen, das Kohlebergbau und Kohleverstromung betreibt, zu dem auch die MIBRAG gehört https://de.wikipedia.org/wiki/Energetick%C3%BD_a_Pr%C5%AFmyslov%C3%BD_Holding Es ist recht politisch heikel im Sinne dieses Konzerns Forderungen im Wahlprogramm zu stellen. Das Beste wäre es daher gar nichts dazu im Wahlprogramm zu schreiben.
- 6) In der Programmwerkstatt MD gab es eine intensive Diskussion mit Madeleine darüber, dass das Wahlprogramm relativ standortneutral zu schreiben sei. Im KV Jerichower Land haben wir z.B. ein Problem mit der regelmäßigen Forderung der CDU nach einem neuen Autobahnring um Magdeburg. Wir würden uns hier eine klare Aussage dagegen im Wahlprogramm wünschen, da davon das Jerichower Land davon am meisten betroffen sein würde. Wenn diese - sicherlich sinnvolle - Neutralität über das

gesamte Wahlprogramm durchgezogen werden soll, dann muss konsequenterweise auch der Absatz zu Schkopau gestrichen werden. Das ist der einzige Absatz im Wahlprogramm in dem ganz konkret auf ein bestimmtes Objekt / Ort eingegangen wird.